



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Doehn, Rud.: Die finanziellen und kirchenpolitischen Zustände in den  
Vereinigten Staaten.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Die finanziellen und kirchenpolitischen Zustände in den Vereinigten Staaten.

Von Dr. Rud. Doehn.

In der nordamerikanischen Union finden im Oktober d. J. verschiedene Staatswahlen statt, auf deren Ausfall man aus mehr als einem Grunde sehr gespannt sein darf. Es kommen nämlich dabei verschiedene Fragen zur Entscheidung, die nicht nur auf die Entwicklung einzelner Bundesstaaten, sondern auf das Wohl und Wehe der ganzen Union den größten Einfluß ausüben. Zu diesen Fragen gehören vor Allem, abgesehen von der Zoll- und Steuerfrage, die Geldfrage und die Kirchenfrage. Bei aller Verschiedenheit der Verhältnisse in Europa und Amerika kommen doch diesseit wie jenseit des atlantischen Oceans gegenwärtig in der staatlichen Entwicklung der einzelnen Länder nahezu dieselben Cardinalfragen zur Lösung, selbstverständlich modificirt durch die besonderen Zustände auf den Gebieten der Schule, der Kirche, des Staates und der Gesellschaft. Es ist dies ein neuer Beweis für die Gemeinsamkeit der Interessen, wodurch die civilisirten Völker, trotz mancher widerstreitender Elemente, mit einander verbunden sind.

Es ist unsere Absicht, in Nachstehendem die finanziellen und die kirchlichen Zustände in den Vereinigten Staaten etwas näher zu beleuchten.

Der frühere Finanzsekretär der Verein. Staaten, Hugh Mc. Culloch, der sich seit längerer Zeit in England aufhält und von dort aus zeitweise den europäischen Continent bereist, gilt in finanziellen Dingen in mancher Hinsicht als eine Autorität. Mc. Culloch veröffentlicht nun seit Kurzem von London aus in der weitverbreiteten, einflussreichen „New-York Tribune“ eine Reihe von Briefen, in denen er die Nationalschulden, den öffentlichen Credit der nordamerikanischen Union und die finanziellen Verhältnisse seines Vaterlandes überhaupt, mit großer Sachkenntniß bespricht. Er macht u. A. auf die Thatsache aufmerksam, daß eine möglichst schnelle Abzahlung der öffentlichen Schulden eine traditionelle Politik der Vereinigten Staaten sei und daß letztere in diesem Punkte von keinem anderen Volke übertroffen würden. Trotzdem kann er nicht leugnen, daß der Credit der Vereinigten Staaten, obschon diese ihre Schulden prompt und sicher abzuführen bemüht sind, im Allgemeinen kein zu günstiger ist. Die Frage, warum der Credit der nordamerikanischen Union nicht höher ist, als er es in der That ist, warum er nicht höher ist, als der Credit der anderen Nationen, von denen doch keine in der Reduction der Nationalschulden den Verein. Staaten gleichkommt, beantwortet Mc. Culloch dahin, daß die Einzelstaaten der großen transatlantischen

Republik hiervon die Schuld tragen. Privatpersonen und Corporationen, wie z. B. Eisenbahncompagnien, stellen in Amerika wie in Europa ihre Zahlungen ein; und in England, diesem klugen und mächtigen Geldstaate, pflegt man fallirenden Personen und Instituten gegenüber, wenn sie sonst zahlen was in ihrer Macht steht, sehr nachsichtig und liberal zu sein. Ganz anders aber ist es, wenn ein einzelner Unionsstaat sich weigert, seine Contracte oder Obligationen zu erfüllen, wenn er, wie der technische Ausdruck lautet „repudiirt“. Die Repudiation, mochte sie eine theilweise oder ganze sein, welche einzelne Unionsstaaten sich zu Schulden kommen ließen, ist es gewesen, welche einen starken Schatten auf den Credit der Vereinigten Staaten geworfen hat. Die Sünden dieser Einzelstaaten müssen jetzt vielfach von der ganzen Union gebüßt werden, indem sie für einen großen Theil ihrer nationalen Schulden 6% statt 4% Zinsen zu zahlen hat. Die Mehrheit der europäischen Geldmänner hat zu der Zahlungsfähigkeit und Ehrlichkeit der Verein. Staaten als einer Nation volles Vertrauen; denn es ist eine unleugbare Thatsache, daß die Unionsregierung in den trübsten und dunkelsten Tagen des Bürgerkrieges und gleich nach dessen Beendigung mit gutem Gelde die verfallenen Bonds und fälligen Zinsen zahlte und keine Verzögerung eintreten ließ. Auf der andern Seite hat indessen das ungleiche Verfahren vieler Einzelstaaten den bisher wohlverdienten Credit der Verein. Staaten geschädigt, und es hat wenig genützt, daß z. B. Massachusetts, welches, wie die meisten übrigen Unionsstaaten, eine nicht geringe Summe von eigenen Staatsschulden zu tragen hat, seine Zinsen stets in baarem Gelde bezahlte und allen seinen besonderen Obligationen gerecht geworden ist. Wohl konnte der Staat Massachusetts, weil er zu allen Zeiten Creditoren in der ehrlichsten Weise befriedigte, die Integrität seines eigenen Rufes in Finanzangelegenheiten sich bewahren, die Repudiationsfünden anderer Unionsstaaten und deren bittere Folgen für die ganze Union vermochte er nicht zu verwischen und gut zu machen.

Das Vorstehende dürfte unzweifelhaft zu dem Schlusse berechtigen, daß, wenn die sogenannten „Inflationisten“ in den Verein. Staaten, d. h. die Partei, welche stets auf Vermehrung des Papiergeldes dringt und die Zinsen der Unionsobligationen und der Verein. Staaten-Bonds in Papiergeld zahlen will, bei den kommenden Staatswahlen und bei der im nächsten Jahre stattfindenden Präsidentenwahl den Sieg davon tragen, der Credit der nordamerikanischen Union dadurch arg erschüttert werden muß; denn „Inflation“ ist, wie Mc. Culloch mit Recht bemerkt, ziemlich gleichbedeutend mit „Repudiation“.

Der Gedanke, die bekannten Fünfwanziger Bonds in Greenbacks, d. h. in Papiergeld, zu bezahlen und die Mittel dazu durch eine ungeheuerliche Inflation der papiernen Werthzeichen zu beschaffen, hatte nun vornehmlich im

Staate Ohio unter der Führung eines gewissen Pendleton, wenn nicht seinen Ursprung, so doch in der Demokratie dieses mächtigen Staates eine seiner stärksten Stützen. Diese grundsätzliche Stellung in der Finanzpolitik hat nun in den letzten Jahren dort nicht an Boden verloren, vielmehr haben die verhängnisvollen Beschlüsse der demokratischen Staatsconvention von Ohio, die am 17. Juni d. J. zu Columbus, der Hauptstadt dieses Staates, tagte, jene Stellung befestigt. Auf der andern Seite darf aber nicht vergessen werden, daß die Beschlüsse der Demokraten in Ohio in der demokratischen und liberalen Presse des Ostens der Union, den Staat New-York mit eingeschlossen, einen Sturm des Unwillens erregten. Selbst in der entschieden demokratisch gesinnten „New-York World“ wurde unmittelbar nach der genannten Staatsconvention zu Columbus, der demokratischen Partei von Ohio und der westlichen Demokratie überhaupt, falls sie auf dem Inflationprogramme bestehen würde, die Parteigemeinschaft aufgekündigt. Man verhehlte sich in New-York und in andern östlichen Staaten der Union nicht, daß die Geldfrage für die Zukunft der Verein. Staaten von zu großer Wichtigkeit sei, als daß die Differenzen zwischen der Hartgeld-Demokratie und den inflationistischen Demokraten von der Ohio-Schule in einer Nationalconvention der ganzen Partei ignoriert oder, wie dies sonst wohl zu geschehen pflegt, durch irgend eine vieldeutige und gewundene Redensart verkleistert werden könnten.

„Entweder“, meinte die „N.-Y. World“, „kommen die Inflationisten in der demokratischen Partei des Westens von ihren eben so undemokratischen als gemeingefährlichen Forderungen in der Geldfrage zurück oder ein Bruch in der demokratischen Partei und ihre Niederlage in der nächsten Präsidentenwahl ist unvermeidlich.“ Dies ist, allem Anschein nach, noch jetzt die Stimmung im Osten, und ihr entsprechend, geht der in den dortigen demokratischen Blättern offen ausgesprochene Wunsch dahin, daß die Demokraten des Westens, wenn durch kein anderes Mittel, so durch eine gesunde Niederlage in Ohio curirt werden möchten. In diesem Sinne schrieb z. B. auch die ziemlich unabhängige „N.-Y. Staatszeitung“: „Die politische Situation wird durch das Verhalten der Demokraten in Ohio ungewisser als je. Ein Sieg der Demokratie von Ohio mit dem Inflationprogramme würde eine neue gewaltige Reaction gegen die Demokratie in einem großen Theile der Union hervorrufen und die Demokratie — um so mehr, als dann die Inflationisten wahrscheinlich in der nächsten demokratischen Nationalconvention die Oberhand gewinnen — bei der National- oder Präsidentenwahl im Jahre 1876 unmöglich machen. Jedenfalls kann die östliche Demokratie unter den obwaltenden Umständen nur Eines retten, nämlich eine entschiedene Lossagung von der verblendeten Ohio-Demokratie. Die letztere ist für die östliche keine Parteigenossin mehr. Wenn die „N.-Y. World“ und die anderen Organe der öst-

lichen Demokratie dieß sofort kühn proclamiren, wenn die demokratischen Organisationen nach dieser Parole handeln wollen, dann können sie allenfalls das Odium, welches in Ohio auf die ganze Demokratie geworfen ist, von sich abwälzen, aber sonst niemals.“

Diese und ähnliche Mahnungen der demokratischen und unabhängigen Presse des Ostens der Union, denen sich einige westliche Blätter, z. B. der in St. Louis im Staate Missouri erscheinende „Anzeiger des Westens“ und die „Westl. Post“ angeschlossen, sind denn auch nicht ohne alle Wirkung gewesen. Wie kürzlich ein Kabelelegramm meldete, hat am 18. September die demokratische Staatsconvention von New-York sich, im Widerspruch mit den bezüglichen Beschlüssen der demokratischen Staatsconvention von Ohio und der republikanischen Staatsconvention von Pennsylvanien für die Wiederaufnahme der Baarzahlung und gegen eine Vermehrung des Papiergeldes, welche letztere der Nation zur Unehre gereichen würde, ausgesprochen. New-York ist der mächtigste Staat der Union, der sogenannte „Empire State“, und seine Stimme wird nicht ungehört verhallen.

Die Papiergeldfrage scheint in der That, ähnlich wie früher die Sklavereifrage, einen „irrepressible conflict“ in sich zu enthalten. Die „New-York Tribune“ zog deshalb kürzlich einen treffenden Vergleich zwischen diesen beiden Fragen und kam zu dem Schlusse, daß die Union einzig und allein durch eine schnelle und durchgreifende Lösung dieses neuen „unabweisbaren Conflictes“ vor großem Unheil bewahrt bleiben könnte. Schon bei Gründung der Republik habe man die Sklaverei als ein Uebel (an evil) erkannt, und doch sei die Zeit gekommen, wo die öffentliche Meinung, wenigstens im Süden der Union, dieses Institut für einen Segen (a blessing) statt für einen Fluch der Gesellschaft (a curse to society) erklärt habe. Die zögernde Scheu der Politiker habe die Sklavereifrage zu einer solchen Macht heranwachsen lassen, daß dieselbe endlich nur durch viel Blut, Elend und große finanzielle Opfer gelöst werden konnte; denselben Weg scheine man jetzt in der Papiergeldfrage betreten zu wollen. Papiergeld sei gegenwärtig eine Thatsache, wie dies früher mit der Sklaverei der Fall gewesen; wenn man den Vertheidigern der unbegrenzten Vermehrung des Papiergeldes nicht bald mit der äußersten Entschiedenheit gegenüberträte und die Rückkehr zur Baarzahlung ebenfalls zur Thatsache mache, so sei Gefahr im Verzuge, daß die Papiergeldfreunde im Laufe der Zeit ebenso die Oberhand gewinnen könnten, wie früher die Freunde der Sklaverei. Ehre und Rechtschaffenheit, der Sinn für Sittlichkeit und die Liebe zur Gerechtigkeit geböten dem Umsichgreifen des Papierschwindels ein gründliches Ende zu machen. Es ist Aussicht vorhanden, daß die Ansichten der „N.-Y. Tribune“ bei der Majorität des Volkes der Vereinigten Staaten

Anklang finden und das Uebel der Papierfrage nicht weiter wachsen lassen werden. Und wenn Männer, wie Henry C. Carey für das Papiergeld eintreten, so mehren sich auf der andern Seite die Vertheidiger der Hartgeld-Basis; so haben sich Ende August Ex-Gouverneur Hoffmann von New-York, William S. Groesbeck von Ohio und Reverdy Johnson, der frühere amerikanische Gesandte am Hofe zu Saint-James, auf das Entschiedenste gegen die Inflationpolitik ausgesprochen. Reverdy Johnson hat an die „N.-Y. Tribune“ einen längern Brief über die Geldfrage geschrieben, der in folgenden Sätzen gipfelt: 1) das einzige der Bundesconstitution bekannte Geld ist Gold und Silber oder Papier, das auf Verlangen darin umgetauscht werden muß; 2) Nichts als Gold und Silber kann zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel gemacht werden; 3) da die Unionsregierung jetzt vollständig sicher ist, keine Gefahr sie bedroht, noch zu befürchten steht, so hat der Congress kein Recht, zur Ausgabe uneinlösbaren Geldes Vollmacht zu geben und es zu einem gesetzlichen Zahlungsmittel zu machen; 4) der Credit der Nation, der wahre, dauernde Wohlstand aller Klassen von Bürgern, die Beendigung der Corruption und Demoralisation, welche eine Folge der jetzigen Lage der Dinge in den Verein. Staaten sind, gebieten sämmtlich eine möglichst schnelle Rückkehr zur Baarzahlung“.

Wenden wir uns jetzt noch mit einigen Worten zur Besprechung der kirchen-politischen Verhältnisse in der nordamerikanischen Union, — denn der Ultramontanismus hat nicht verfehlt, auch dort die Saat des Unfriedens auszustreuen.

Wie in der Geldfrage, so ist auch in der politisch-religiösen Frage der Staat Ohio der Schauplatz gewesen, wo durch die römisch-katholische Kirche neuerdings der Kampf gegen den Fortschritt der Kultur eröffnet wurde. Im Frühjahr d. J. tagte z. B. in Cincinnati die zwanzigste Jahresversammlung des deutschen römisch-katholischen Centralvereins, dessen Zweck die Förderung des religiösen Lebens im Sinne der römischen Papstkirche und gegenseitige Unterstützung ist. Das wahre religiöse Leben innerhalb der römisch-katholischen Kirche zu fördern, ist an sich ebenfalls ein edler Zweck. Allein die Verhandlungen des genannten Centralvereins, der seine Zweigvereine in fast allen Unionsstaaten zahlreich verstreut hat, haben, wie deutsch-amerikanische Blätter melden, bewiesen, daß dieser Verein sich von dem Ultramontanismus vollständig hat ins Schlepptau nehmen lassen. Er hat, so berichtet der „Anzeiger des Westens“, eine Constitution angenommen und den Zweigvereinen zur Annahme empfohlen, „deren Inhalt jedem deutschen Mann und jedem wahren Amerikaner die Schamröthe ins Gesicht treiben muß. Die Mitglieder des deutschen

römisch-katholischen Centralvereins haben mit der Annahme der in Cincinnati entworfenen Constitution aufgehört, freie Männer zu sein. Sie haben auf das durch die Institutionen der Verein. Staaten gewährleistete Recht der Gedanken- und Redefreiheit verzichtet und durch diese bodenlos sklavische Handlungsweise den deutschen Namen und den Ruf der nordamerikanischen Republik geschändet. Sie haben Alles, was einem Manne heilig ist, die selbstständige religiöse Ueberzeugung und die freie Verfügung in Bezug auf die Kindererziehung freiwillig aufgegeben und offen zugestanden, daß sie Knechte der Kirche, daß sie willenlose Werkzeuge der Priesterherrschaft sein und bleiben wollen.“ So urtheilt der anerkannt gut redigirte „Anzeiger des Westens“, ein gemäßigt demokratisches Blatt. Die von ihm so scharf verurtheilte Constitution des deutschen römisch-katholischen Centralvereins überläßt nämlich den Priestern die vollständige Leitung der einzelnen Zweigvereine. Wenn der Priester in der Versammlung erscheint, müssen die weltlichen Vereinsmitglieder schweigen. Die betreffenden Untersuchungs-Committee's haben dem Geistlichen die Namen der angemeldeten Mitglieder einzuhändigen, und er allein hat zu entscheiden, ob die Angemeldeten gute Katholiken sind oder nicht. Wer sein Kind nicht in eine römisch-katholische Schule schickt, wird auf Verlangen des Priesters ausgestoßen. Der Priester controllirt die Beamten des Vereins, genehmigt die Protokolle und hat das entscheidende Wort in allen Vereinsangelegenheiten. Nicht einmal ein Pic-Nic darf abgehalten werden ohne die Zustimmung des Priesters. Er ist das Alpha und Omega der ganzen Organisation, die ein vollständiges imperium imperio, eine ausgebildete Theokratie in der nordamerikanischen Republik darstellt. Die Priester-Controle erstreckt sich zudem weit über die Grenzen des Vereins hinaus. So darf z. B. ein Mitglied des Centralvereins keiner Gesellschaft angehören, die mit den Gesetzen der römisch-katholischen Kirche in Widerspruch steht oder von ihr gemißbilligt wird. Es giebt aber bekanntlich viele Gesellschaften, welche die römisch-katholische Kirche mißbilligt.

Wir könnten noch eine Menge von Beispielen anführen, die beweisen, wie sehr der Ultramontanismus in den Vereinigten Staaten bemüht ist, die Massen durch einen denktrügen Autoritätsglauben zu beherrschen, und wie sehr es ihm bereits gelungen ist, nicht bloß unter den Deutschen, sondern noch weit mehr unter den Irländern, aber auch unter den eingebornen Amerikanern, ja selbst unter den Negeren, Propaganda zu machen; aber das vorstehende Beispiel mag genügen, da gerade die Deutschen in der nordamerikanischen Union es sind, die noch am meisten Sympathie für den Riesenkampf haben, den ihr europäisches Mutterland gegenwärtig mit der römischen Curie auszufechten im Begriff steht.

Zunächst hat die römisch-katholische Hierarchie in den Vereinigten Staaten ihren Angriff auf die dortige freie confessionsslose Volksschule gerichtet; bald genug aber dürften ihre Cohorten in geschlossener Phalanx an den Stimmkästen erscheinen, um die Pläne ihrer geistlichen Führer auch in politischen Dingen zu verwirklichen. Namentlich hat der katholische Clerus von Ohio sich entschlossen, den confessionsslosen Freischulen den Krieg zu erklären, auch ist er in der ganzen Union sehr bemüht, die demokratische Partei für sich zu gewinnen; daß bereits „ein Bündniß der Ultramontanen mit der demokratischen Partei abgeschlossen sei“, wie kürzlich ein Correspondent der „Allg. Ztg.“ aus Washington (vergl. „Allg. Ztg.“ Nr. 220) behauptete, müssen wir, nach den uns vorliegenden Nachrichten, entschieden bezweifeln.

Der „Catholic Telegraph“, das amtliche Organ des amerikanischen Erzbischofs Purcell, schürt das Feuer gegen die Freischulen ohne Unterlaß. Seine Artikel, welche mit specieller Approbation des genannten Kirchenfürsten erscheinen und zuweilen aus dessen eigener Feder fließen, haben das negative Verdienst, daß sie über die Stellung der Ultramontanen zur Schulfrage nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen. Protestanten mögen sich das confessionsslose Schulsystem gefallen lassen, ruft der „Telegraph“ aus, denn der Protestantismus sei nur eine Vorschule für den Unglauben und führe direkt zur Verdammniß. Aber Katholiken würden sich der „Staatstyranei“ in Betreff der öffentlichen Schulen niemals unterwerfen. Der „Telegraph“ sagt wörtlich: „Katholiken können nicht zugeben, daß der Religionsunterricht aus den öffentlichen Schulen ausgeschlossen werde, ohne aufzuhören Katholiken zu sein. Der 47. und 48. Satz des Syllabus haben es autoritativ für alle Zeiten festgestellt, daß die Ausschließung der religiösen Unterweisung aus dem täglichen Unterricht ein verdammenswerther Irrthum ist, welchen Katholiken ohne Verleugnung des Glaubens und ohne Begehung einer großen Sünde nicht billigen können.“

Das Auftreten des katholischen Clerus von Ohio hat in der ganzen Union Aufsehen erregt und selbst die Blätter, welche geneigt waren, die ganze „katholische Frage“ für Amerika zu ignoriren, in Harnisch gebracht. Die „Illin. Staatsztg.“, welche in der deutsch-amerikanischen Presse an der Spitze derer stand, welche den kirchlich-politischen Kampf nicht so bald aufkommen lassen, noch, wo er bereits angefaßt war, sehen wollten, antwortete auf die obigen Auslassungen des „Catholic Telegraph“ u. A. wie folgt: „Das heißt denn doch den großen amerikanischen Verfassungsgrundsätzen der Trennung von Kirche und Staatsschule und der Trennung von Kirche und Staat überhaupt aufs Frechste ins Gesicht schlagen! Und wenn Herr Purcell sich ernstlich erdreisten sollte, den mittelalterlichen Syllabus des Papstes dem amerikanischen

Verfassungs- und Rechtsleben entgegenzusetzen, so würde er einen Wind säen, aus dem über kurz oder lang ein Sturm entstehen würde, welchem die Grundfesten der römisch-katholischen Kirche in Amerika nicht Stand halten könnten.“

Diesen Anschauungen der „Illinois Staatzeitung“ schließen wir uns an.

## Aus dem nördlichen Böhmen.

Reiseblätter von H. Scheube.

### II.

Wir mögen von Königsberg in Preußen bis nach Straßburg im Elsaß reisen, die Unterschiede in den Volkseigenthümlichkeiten der einzelnen deutschen Gaue, die wir passiren, sind lange nicht so schroff, treten uns bei Weitem nicht so unvermittelt entgegen, als wenn wir nur einen viertelstündigen Spaziergang aus Schlesien oder Sachsen nach dem ersten böhmischen Orte vollführen. In dieser uns fast so urplötzlich wie eine Theaterverwandlung zur Wahrnehmung kommenden Metamorphose von so mannigfaltigen Lebenserscheinungen und Lebensformen liegt unstreitig ein gewisser pikanter Reiz, der jedesmal von Neuem seine Anziehungskraft auf uns ausübt, wenn wir aus Norddeutschland den Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie beschreiten. Der Genuß des Reisens beruht ja nicht zum kleinsten Theile in den Contrasten, in der raschen Folge von Gegenätzen und Abwechslungen, die an uns vorüberziehen; und von Beiden haben wir diesseit der böhmischen Landmarken die Fülle zu gewärtigen. Daß auf die Dauer dies „Anderssein“ als daheim nicht zu unserm Behagen beiträgt, bleibt hier außer Betracht.

Das Wirthshaus in Neuwelt hat sich neuerdings das stolze Schild beigelegt „Hotel zum Mummelfall“ — von einer unweit davon schäumenden Cascade des westlich vom Orte plätschernden Mummelbachs, welche, nach Regengüssen im Hochgebirge, wohl die halbstündige Promenade lohnt, die man bis zum Wassersturze aufwenden muß — von moderner Hotelleivilisation aber nicht das Geringste an sich, ist vielmehr die simpelste Dorfschenke, in die man nur gerathen mag, so augenfällig die im zierlichen Schweizer Alpenstyle erbaute Herberge sich äußerlich auch präsentirt. Ueberdies findet man sich darin plötzlich mitten in das Ultraaltdschechenthum verschlagen, von nichts als böhmischen Sprachlauten umklungen. Der Eigenthümer des Hauses ist der bereits erwähnte Herrschaftsbefitzer Graf Harrach; derselbe — wenn ich